

■ Mehr Patientensicherheit in Krankenhäusern

Mitte September veröffentlichte der AOK-Bundesverband in Berlin die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Patientensicherheit (IfPS) der Universitätsklinik Bonn unter 572 deutschen Krankenhäusern zum Thema Patientensicherheit. Zentrale Erkenntnis: Die Patientensicherheit an deutschen Krankenhäusern macht deutliche Fortschritte. Laut Umfrage nutzen weitaus mehr Kliniken Instrumente des klinischen Risikomanagements (kRM) als noch 2010, dem Jahr der Vorgägerbefragung.

Fortschritte sind offenbar auf allen Feldern erkennbar: Fast alle befragten Krankenhäuser verwenden inzwischen ein breites Spektrum an Datenquellen zur Risikoidentifikation. Patientenbefragungen werden heute in 98 Prozent der Krankenhäuser durchgeführt (2010: 47 Prozent). 91 Prozent der befragten Krankenhäuser werten Schadensfälle aus (2010: 79 Prozent), 96 Prozent machen Kennzahlen-Analysen (2010: 86 Prozent) und 91 Prozent erheben selbst Daten (2010: 84 Prozent). Wenngleich sich das kRM seit 2010 positiv entwickelt hat gibt es es, so die Umfrage, weiterhin Problembereiche. Zum Beispiel seien Verfahren der prospektiven Risikoanalyse noch selten; fast die Hälfte der Krankenhäuser hat sich damit noch nicht befasst. Ebenso verbessert werden kann laut Umfrage die Zusammenführung der gesammelten Risikoinformationen und in vielen Kliniken fehlen noch Strategie und Systematisierung der Einzelmaßnahmen. Schnittstellenprobleme bei Aufnahme, Entlassung, Abteilungswechsel und Übergabe stehen weiterhin an oberster Stelle; gefolgt von Risiken bei der Arzneimitteltherapie. Auf Platz 3 folgen diagnostische und therapeutische Risiken, auf Platz 4 befindet sich die Notfallaufnahme. Krankenhaus-Infektionen/Hygiene nehmen den 5. Platz ein.

Durchgeführt wurde die Umfrage in Kooperation mit dem Aktionsbündnis Patientensicherheit, dem AOK-Bundesverband und der Techniker Krankenkasse. Die schriftliche Online-Befragung wurde von März bis Juni 2015 durchgeführt.

MEHR INFOS:
www.aok-bv.de

■ 19,1 Millionen Patienten 2014 stationär im Krankenhaus behandelt

Destatis I: Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden im August mitteilte, wurden im Jahr 2014 19,1 Millionen Patientinnen und Patienten stationär im Krankenhaus behandelt. Die Zahl der Behandlungsfälle stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 %. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Wiesbadener Statistiker dauerte der durchschnittliche Aufenthalt im Krankenhaus 7,5 Tage. Wenig verändert hat sich die Zahl der Krankenhäuser, die für die stationäre Behandlung zur Verfügung stand: 1.980 Krankenhäuser (2013: 1.996) mit unverändert insgesamt 500.700 Betten. Nach wie vor steht an nähernd jedes zweite Bett (48,0 %) in einem Krankenhaus eines öffentlichen Trägers, jedes dritte Bett (33,9 %) befindet sich in einem freigemeinnützigen Haus; der Anteil der Krankenhausbetten in Einrichtungen privater Träger liegt bei 18,2 %. Die Bettenauslastung lag mit 77,4 % um 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Rund 875.900 Vollkräfte versorgten 2014 die Krankenhauspatienten. 150.700 Vollkräfte gehörten zum ärztlichen Dienst und 725.200 zum nichtärztlichen Dienst, darunter allein 318.800 Vollkräfte im Pflegedienst.

1,97 Millionen Patientinnen und Patienten nahmen 2014 eine stationäre Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung in Anspruch. Das waren 18.400 Behandlungsfälle mehr als im Vorjahr (+ 0,9 %). In 1.158 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen standen rund 165.600 Betten zur Verfügung.

MEHR INFOS:
www.destatis.de

■ BARMER GEK Report Krankenhaus 2015

Im Juli hat die BARMER GEK den jährlich erscheinenden *Report Krankenhaus 2015* in Berlin veröffentlicht. Zentrale Aussage des Reports: Rückenschmerzen sind eines der häufigsten Volksleiden. Die Zahl dieser Krankenhausfälle ist in den Jahren von 2006 bis 2014 von 282.000 auf 415.000 angestiegen.

Auffällig ist, dass im Krankenhaus bei gut einem Drittel der Kreuzschmerz-Patienten weder eine Operation an der Wirbelsäule noch eine spezifische Schmerztherapie stattfindet, sondern bei rund 140.000 Patienten bildgebende Diagnostik. Die BARMER GEK sieht darin eine deutliche Fehlentwicklung: Kreuzschmerz-Patienten sollten im Krankenhaus auch tatsächlich eine Behandlung erhalten, ansonsten gehören sie dort nicht hin.

Dem Report zufolge haben in den Jahren 2006 bis 2014 die Operationen an den Bandscheiben um 12,2 Prozent zugenommen. Immer öfter folgt bei denselben Patienten innerhalb von ein bis zwei Jahren zusätzlich eine Versteifungsoperation. Zwar handelt es sich um relativ geringe Fallzahlen, die Steigerungsraten sind mit 150 Prozent seit dem Jahr 2006 jedoch beachtlich, so die BARMER GEK.

Laut einer Umfrage der Studienautoren unter erwerbsfähigen BARMER GEK Versicherten sind viele Patienten mit der Krankenhausbehandlung nicht zufrieden. Es wurden 2.496 Rückenschmerz-Patienten angeschrieben. Von den antwortenden 36,6 Prozent gab ein Drittel an, anderthalb Jahre nach dem Krankenhausaufenthalt schmerzfrei zu sein.

Auch nach demografischer Bereinigung haben die Fallzahlen im Krankenhaus, nach einer Stagnation im Jahr 2012 gegenüber 2011 in den Jahren 2013 und 2014 wieder leicht zugenommen. Insgesamt ergibt sich seit dem Jahr 2006 ein Zuwachs bei den Fallzahlen von 7,3 Prozent. Die Anzahl der Behandlungstage ist demgegenüber deutlich gesunken, 1.773 im Jahr 2006 auf 1.673 je 1.000 Versicherte im Jahr 2014. Das entspricht einem Rückgang von 5,6 Prozent. Die durchschnittliche Verweildauer hat im Zeitraum von 2006 bis 2014 um 12 Prozent auf 7,7 Tage abgenommen.

MEHR INFOS:
www.barmer-gek.de

■ Beschäftigte im Gesundheitswesen

Destatis II: Wie das statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden Ende August bekannt gab, ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Beschäftigten im

Gesundheitswesen 2013 um insgesamt 106.000 (+ 2,1 %) gestiegen. Zusätzliche Arbeitsplätze gab es vor allem in den Berufen der Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe (+ 29.000 oder + 3,0 %), der Altenpflege (+ 21.000 oder + 4,1 %), der Arzt- und Praxishilfe (+ 19.000 oder + 3,2 %) sowie der nichtärztlichen Therapie und Heilkunde (+ 15.000 oder + 4,2 %).

In der ambulanten Pflege ist das Personal mit einem Zuwachs von 12.000 (+ 4,2 %) stärker angestiegen als in der stationären- und teilstationären Pflege (+ 7.000 oder + 1,0 %). Überdurchschnittlich stark gewachsen ist auch das Personal in Praxen sonstiger medizinischer Berufe (beispielsweise Physio- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten) (+ 14.000 oder + 3,2 %). Ein unterdurchschnittliches Beschäftigungswachstum gab es hingegen in Arztpraxen (+ 6.000 oder + 1,0 %) und in Krankenhäusern (+ 17.000 oder + 1,6 %).

Ende 2013 waren 65 % der in Praxen tätigen Ärztinnen und Ärzte mindestens 50 Jahre alt. Gut ein Viertel (26 %) war bereits 60 Jahre und älter. Wie das Destatis weiter mitteilt, war die Altersgruppe der mindestens 50-jährigen auch bei Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit 69 % sowie bei Zahnärztinnen und Zahnärzten einschließlich Kieferorthopädinnen und -orthopäden in den jeweiligen Praxen mit 50 % überdurchschnittlich stark vertreten. Im Vergleich hierzu hatten 2013 von den insgesamt 5,1 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen 36 % ein Alter von mindestens 50 Jahren.

MEHR INFOS:

www.destatis.de

■ Arzneiverordnungs-Report 2015

WIdO I: Nach den Zahlen des im September veröffentlichten *Arzneiverordnungs-Report 2015* des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) sind die Arzneimittelausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2014 wieder stark angestiegen. Mit 35,1 Mrd. Euro haben sie einen neuen Höchststand erreicht. Diese Entwicklung bedeutet eine deutliche Zunahme um 9,9 Prozent (+ 3.157 Mio. Euro) gegenüber dem Jahr 2013.

Der Umsatz mit Fertigarzneimitteln ist im Jahr 2014 um 6,5 Prozent angestiegen (+ 2,0 Mrd. Euro). Für diesen Anstieg sind nach den Untersuchungen des Arzneivordnungs-Reports vor allem zwei Gründe verantwortlich: Es wurden 1,0 Prozent mehr Arzneimittelpackungen verordnet; dies hatte einem umsatzsteigernden Effekt von 332,8 Mio. Euro zur Folge. Zugleich stieg auch der durchschnittliche Wert je Verordnung auf 52,52 Euro (+ 5,4 Prozent; 1.708 Mio. Euro). Strukturverschiebungen im Markt haben zu einem Umsatzplus von über 2,0 Mrd. Euro geführt, davon 1,5 Mrd. Euro durch die Verordnung teurerer Arzneimittel. Von insgesamt 46 neuen Arzneimitteln, die im Jahr 2014 eingeführt wurden, haben mindestens acht einen Packungspreis von über 10.000 Euro. Als ein Beispiel dafür nennt der Report das neue Hepatitis C-Präparat Sovaldi: Die Therapie mit diesem Arzneimittel kostet die GKV je Patient und Tag 674 Euro.

Nach Einschätzung der Autoren des Arzneiverordnungs-Reports konnte eine noch höhere Umsatzsteigerung im Arzneimittelmarkt durch die Verhandlungsergebnisse zu Erstattungsbeträgen für neue Arzneimittel (zusammen 442,7 Mio. Euro in 2014), wie auch durch die Rabatterlöse aus Selektivverträgen zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern (2014: 3,19 Mrd. Euro) vermieden werden. Der von Ulrich Schwabe durchgeführte exemplarische internationale Preisvergleich mit den Niederlanden zeige insbesondere, dass das AMNOG wirke: Im Vergleich zu den Niederlanden haben Produkte, die das Nutzenbewertungsverfahren und die Preisverhandlungen durchlaufen haben, im deutschen Markt im Mittel kein höheres Preisniveau.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ Pflege-Report 2015

WIdO II: Der im Mai erstmals vom Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) herausgegebene *Pflege-Report* hat als ersten Schwerpunkt das Thema Pflegearrangements außerhalb der ursprünglichen häuslichen Umgebung gewählt. Die Beiträge beleuchten die Entwicklungen und Potenziale einer

„Pflege zwischen Heim und Häuslichkeit“. Ergänzt werden sie durch Praxisbeispiele, in denen spezielle Wohn- und Versorgungsformen für Pflegebedürftige vorgestellt werden. Abgerundet wird diese neueste, von Klaus Jacobs, Adelheid Kuhlmeij, Stefan Gref und Antje Schwinger herausgegebene WIdO-Publikation durch empirischen Analysen zu Entwicklung und Status quo der Pflegebedürftigkeit sowie zur gesundheitlichen Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland. Grundlage sind die Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes und AOK-Abrechnungsdaten, die auf die deutsche Wohnbevölkerung hochgerechnet wurden.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ Einstellungen zur Pflegebedürftigkeit

WIdO III: Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat im September die Ergebnisse seines jüngsten Versichertenmonitors (WIdO-monitor) veröffentlicht. Danach ist für die Mehrheit der Generation 50plus das Thema Pflegebedürftigkeit wichtig und Fragen dazu steht sie sensibel gegenüber. Gleichwohl ist die Bereitschaft, eigene Maßnahmen zur Pflegevorsorge zu ergreifen, eher niedrig. Erst die persönliche Nähe zum Risiko Pflegebedürftigkeit, also die direkte persönliche Konfrontation mit der Pflege, löst bei vielen Befragten eine deutlichere Positionierung aus, so der WIdO-Monitor.

Konkret schätzt 71,9 Prozent der Generation 50plus die Frage nach der Versorgung im Falle einer Pflegebedürftigkeit als sehr wichtig ein. Rund jeder Zweite über 50 Jahre macht sich Sorgen um die eigene Pflegebedürftigkeit. Die Mehrzahl der älteren Generation verneint jedoch Fragen nach konkreten eigenen Aktivitäten und Maßnahmen in Bezug auf eine persönlichen Pflegevorsorge. Bei einer Gegenüberstellung von Aussagen zur häuslichen und zur stationären Pflege zeigt die Umfrage vor allem, dass einerseits die Belastung von Angehörigen als besonderes Problem gesehen wird, andererseits eine gute stationäre Pflege als zu teuer erscheint. Die Befragung liefert zudem Hinweise darauf, dass es grund-

sätzlich durchaus eine Bereitschaft zur Mobilität außerhalb der eigenen Häuslichkeit gibt.

Klaus Zok, Autor der der WIdO-Studie, zieht aus den Ergebnissen das Fazit, dass das Leben im Alter nur selten geplant wird. Zwar nehme eine Mehrheit der Generation 50plus das Thema Pflegebedürftigkeit wichtig, eigene Maßnahmen ergreifen aber nur wenige. Dies ändere sich erst durch direkte persönliche Betroffenheit. Die Vorstellungen zur Organisation der eigenen Pflege zeigten eine deutliche Orientierung auf Angehörige. Familienangehörige und Partner werden als die zentrale Unterstützungsinstanz im Fall einer Pflegebedürftigkeit betrachtet. Für Klaus Zok bestehen die Herausforderung der Zukunft darin, einerseits die häusliche Pflege gezielt weiter zu unterstützen und zugleich Pflegearrangements außerhalb der bisherigen Häuslichkeit – klassische Pflegeheime ebenso wie neue alters- und pflegegerechte Wohn- und Versorgungsformen – so weiterzuentwickeln, dass sie möglichst viele Elemente von gewohnter Häuslichkeit im Sinne von Selbstbestimmtheit, sozialer Teilhabe und Bewahrung von Individualität zulassen.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ **Fehlzeiten-Report 2015**

WIdO IV: Im September hat das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) den gemeinsam mit der Universität Bielefeld und der Beuth Hochschule für Technik Berlin herausgegeben *Fehlzeiten-Report 2015* veröffentlicht. Der diesjährige Report widmet sich einer Beschäftigtengruppe, die bisher weniger im Fokus der Betrieblichen Gesundheitsförderung gestanden hat: den Auszubildenden. Diese Gruppe weise teilweise erhebliche Defizite bei Gesundheitszustand und Gesundheitsverhalten auf, so das Ergebnis der ersten repräsentativen Befragung zur Gesundheit von Auszubildenden für den *Fehlzeiten-Report 2015*.

Ein Drittel der Auszubildenden berichtet über häufig auftretende körperliche und psychische Beschwerden. Gesundheitsgefährdendes Verhalten wie wenig Bewegung, schlechte Ernährung, wenig Schlaf, Suchtmittelkonsum oder übermäßige Nutzung der digitalen Me-

dien ist bei jedem fünften Auszubildenden zu beobachten. Bei beinahe jedem zehnten Befragten treten gesundheitliche Beschwerden und gesundheitsgefährdendes Verhalten gleichzeitig auf. Deshalb brauche es nach Auffassung der Herausgeber des Reports gesundheitsförderliche Maßnahmen, die auf die speziellen Bedürfnisse der Auszubildenden abgestimmt seien.

Auszubildende stellen ganz überwiegend der Gesamtsituation in ihren Betrieben ein positives Zeugnis aus: Drei Viertel der Auszubildenden (73,7 Prozent) sind zufrieden bzw. sehr zufrieden, lediglich 6,1 Prozent sind nicht zufrieden. Aber auch hier macht sich der Einfluss der Gesundheitsstile bemerkbar: Während mehr als jeder zehnte der risikobehafteten Auszubildenden (10,9 Prozent) mit der Arbeit im Betrieb nicht zufrieden ist, sind dies bei den gesunden Auszubildenden nur 3,3 Prozent.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ **Rentenkasse gut gefüllt**

Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im September meldete, haben sich die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung gut entwickelt. Dies trotz der durch Mütterrente und Rente ab 63 verursachten Mehrausgaben. Hauptursachen dieser positiven Entwicklung sind die spürbar steigenden Löhne und Gehälter und der Beschäftigungsaufbau in der Gesamtwirtschaft, der vor allem bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs stattfindet. Auch für das kommende Jahr erwarten die DIW-Experten eine entspannte Finanzlage der Rentenversicherung. Basis für diese Einschätzung ist die aktuelle Konjunkturprognose des Berliner Forschungsinstituts. Trotz der positiven Kasenlage der Rentenversicherung erwartet die DIW-Finanzexpertin Kristina van Deuverden keine Beitragssenkung im kommenden Jahr. Falls sich allerdings der Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten günstiger entwickeln sollte, würde dies gemäß der Gesetzeslage eine Senkung des Satzes nach sich ziehen, so das DIW Berlin.

MEHR INFOS:

www.diw.de

■ **25 Jahre deutsche Einheit**

In der Ausgabe 1/2015 des Magazins *IAB-Forum* des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ziehen die Arbeitsmarktforscher anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit die Bilanz, dass die schwierigen Startbedingungen Ostdeutschlands noch immer nachwirken würden.

So seien die Einkommen deutlich niedriger und die Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen. Die Arbeitslosigkeit liege trotz des stetigen Abbaus noch bei dem 1,5-fachen; dagegen glielen sich Ost und West seit der Jahrtausendwende in puncto Produktivität und Durchschnittseinkommen kaum noch an, so das IAB. Der Lohnunterschied beträgt rund 20 Prozent. Die Produktivität, zu DDR-Zeiten bei einem Drittel des Westniveaus, liegt heute bei rund drei Viertel des westdeutschen Stands. Nach wie vor bestünden strukturelle Nachteile der ostdeutschen Wirtschaft: Ostdeutschland habe nur einen relativ kleinen Industriesektor und vergleichsweise wenige wirtschaftlich erfolgreiche Großunternehmen. Es gebe ein Defizit an wissensintensiven Unternehmensdienstleistungen sowie an Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Wirtschaft. Auch die Patentanmeldungen und die Arbeitsplätze für überdurchschnittlich gut qualifizierte Beschäftigte seien im Westen zahlreicher.

Chancen für Ostdeutschland sieht das IAB in einer internationalen Öffnung: die schneller wachsenden Volkswirtschaften in Osteuropa böten Entwicklungsperspektiven, die bisher zu wenig genutzt worden seien.

MEHR INFOS:

www.iab.de

TRENDS & FACTS wurden zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Dehlinger